



TTIP UND DER REST DER WELT

Obwohl die Verbraucherschutzstandards in der EU häufig besser sind als in den USA, sind sie längst nicht ideal. An einigen Stellen ist es sogar umgekehrt: Europäische Konzerne drängen auf besser regulierte amerikanische Märkte. Die EU-Kommission pocht beispielsweise auf die Aufnahme von Regeln in das TTIP, die eine Gefahr für „Farm to School“-Projekte in den USA darstellen. Diese Projekte bringen lokal produzierte Lebensmittel in die Kantinen von Schulen.

Eine Freihandelszone aus der EU und den USA würde fast die Hälfte der Wirtschaftskraft der Welt vereinigen. Ein Ziel ist es, so dem Rest der Welt die eigenen Standards aufzuzwingen. Zeitgleich verhandeln die USA das Transpazifische Handelsabkommen TPP und die EU bilaterale Wirtschaftspartnerschaften (EPA) mit vielen ehemaligen Kolonien. Auf die Umwelt und die Interessen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in diesen Ländern wird keine Rücksicht genommen.

Beim TTIP besteht das erste Mal seit langem die Chance, dass zivilgesellschaftlicher Druck auf beiden Seiten ein Freihandelsabkommen zu Fall bringt. Statt einseitig die Interessen von multinationalen Konzernen zu bedienen, sollten internationale Abkommen globale Probleme wie Klimawandel, Biopiraterie und die Hungerkrise lösen.

Mehr Informationen zu TTIP finden Sie auf www.umweltinstitut.org

DAS UMWELTINSTITUT FORDERT:

- Einen sofortigen Stopp der TTIP-Verhandlungen
- Starke, multilaterale Abkommen für Klimaschutz und Biodiversität
- Das Verbot von Risikotechnologien wie Gentechnik und Fracking

Auf www.umweltinstitut.org können Sie unseren kostenlosen Newsletter bestellen.

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnik-freies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. Spenden und Förderer garantieren unsere unabhängige Arbeit.

Spendenkonto:
Umweltinstitut München e.V.
Konto - Nr: 883 11 03
BLZ: 700 205 00
IBAN: DE16 7002 0500 0008 8311 03
BIC: BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft



Herausgeber:
Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a
80336 München
(089) 30 77 49 - 0
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Fotos: Fotolia (1,2,4,5), Thorben Wengert/pixelio (3), C. Steg-fellner/cm designbüro (6). Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
Stand: Juli 2016

Konzerne auf Kaperfahrt

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP





TTIP - FREIHADEL STATT DEMOKRATIE

Die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, kurz TTIP) zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung sollen die weltgrößte Freihandelszone schaffen. Dabei geht es nicht nur um die Absenkung von Zöllen, sondern um einen umfassenden Abbau von Handelshemmnissen. Das Ziel ist eine Vereinheitlichung und gegenseitige Anerkennung von Regelungen in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens sowie eine frühzeitige Absprache über neue Regelungen. Zudem sollen Investitionen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks vor staatlichen Eingriffen geschützt werden.

Dieser Investitionsschutz schafft Sonderrechte für multinationale Konzerne. Er soll über außerstaatliche Schiedsgerichte geregelt werden. Konzerne, die sich durch demokratisch legitimierte politische Entscheidungen geschädigt fühlen, könnten dort auf Entschädigung klagen.

Trotz dieses umfassenden Anspruchs wird über TTIP im Geheimen verhandelt. Selbst Abgeordnete müssen um jedes Stück Information kämpfen. Eine öffentliche Diskussion über das Projekt ist nicht vorgesehen. Doch Geheimhaltung ist heute nicht mehr möglich: Immer wieder dringen Dokumente nach außen, die unsere Kritik bestätigen.

HANDELSHEMMNIS VERBRAUCHERSCHUTZ?

Bei den Verhandlungen über TTIP gilt Verbraucherschutz oft als „Handelshemmnis“. Handelshemmnisse zu beseitigen ist das erklärte Ziel der Verhandlungen.

So möchten amerikanische Firmen Fleisch von Tieren, die für ein schnelleres Wachstum mit Hormonen behandelt wurden, auf den europäischen Markt bringen. Dabei sind einige der in den USA verwendeten Wachstumshormone, beispielsweise Ractopamin, für Menschen gesundheitsschädlich. Auch Milch von hormonbehandelten Kühen sowie Geflügelfleisch, das nach dem Schlachten durch ein Chlorbad desinfiziert wurde, sind in Europa bisher verboten.

Auch die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus genmanipulierten Pflanzen gilt als Handelshemmnis. Im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung von Standards könnten Lebensmittel aus den USA auf den europäischen Markt kommen, die zum Beispiel gentechnisch veränderte Pflanzen wie Mais oder Soja enthalten, ohne dass dies gekennzeichnet ist.

Eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Produkte, die mit genmanipulierten Futtermitteln entstanden sind oder auf Textilien aus Gen-Baumwolle wäre unter den Bedingungen von TTIP nur noch mit Zustimmung der US-Regierung möglich.

FREIE FAHRT FÜR GENTECHNIK UND CHEMIE

Genmanipulierte Pflanzen könnten sich infolge des TTIP auch auf Äckern in der EU breit machen. In den Verhandlungen greifen die USA das europäische Vorsorgeprinzip als „unwissenschaftlich“ an. Damit ist eine Umkehr der Beweislast gemeint: Anstatt die Konzerne zu zwingen, die Unschädlichkeit eines Produkts zu beweisen, bevor es zugelassen wird, soll der Staat beweisen, dass es schädlich ist, bevor es verboten wird.

Die Verfahren und Philosophien bei der Zulassung von Chemikalien, die in der Landwirtschaft und der Industrie zum Einsatz kommen, sind in den USA und der EU ebenso unterschiedlich. Eine Annäherung würde zu einem Verlust von Verbraucher- und Umweltschutz in der EU führen. Ein Verbot von gefährlichen Ackergiften wie Glyphosat oder Glufosinat wäre mit TTIP unmöglich.

Energiekonzerne haben Interesse an Schiefergasvorkommen, die nur durch Fracking ausgebeutet werden können. Das Verfahren, bei dem große Mengen Wasser und Chemikalien in eine Gesteinsschicht gepresst werden, um das Gas freizusetzen, ist in Frankreich bereits verboten, weil dabei immer wieder giftige Chemikalien und Gas ins Grundwasser geraten. Mit TTIP wollen die Konzerne verhindern, dass auch andere EU-Mitglieder Fracking verbieten.